

# GRATIS tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität  
Ausgabe 62 · Sommer/Herbst 2015 · Kostenlos

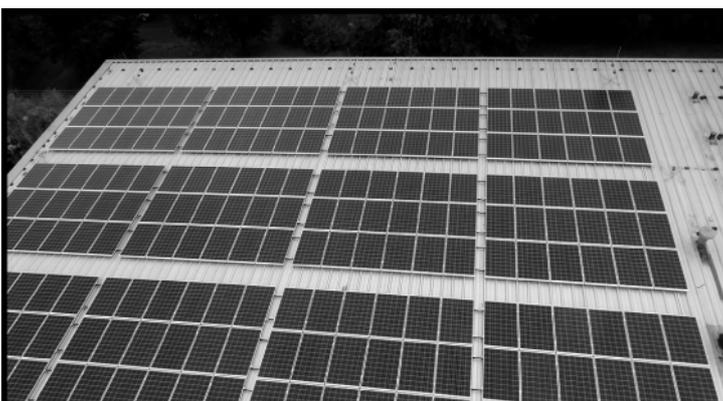


## 20 Jahre Solinger Stadtzeitung tacheles

20 Jahre Berichte über Bürgerinitiativen, Anti-Rassismus, Skandale um Kissel, kommunalpolitische Themen, Solinger Umweltbewegung ...

## Wenn das kein Grund zu Feiern ist!

Wir laden herzlich ein zu unserer Geburtstagsfeier am **3. Oktober**, 16.00 h in den **Güterhallen, Gleis 3**, Alexander-Coppel-Straße 34  
Mit: Solinger Musikern, Essen und Trinken, Geschichten von Wegbegleitern ...



## Inhalt

Einweihung der Stele für Walder Widerstandskämpfer	2
Wahlprüfsteine zur OB-Wahl am 13. September	3+4
OB-Wahl: Ein Kommentar	4
1. Anlage der BürgerEnergie Solingen eG	5
Teilerfolg für Ittertal im Stadtrat	6
70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus	7
Richard Sorge – Solinger Spion im Widerstand	8
Die neue Regelung der Kosten der Unterkunft	9
Sechs Maßnahmen zum Schutz der Flüchtlinge	10
Flüchtlinge – Ein Plädoyer an die Verantwortlichen	11
70. Jahrestag von Hiroshima	12
Der Patriach: Neues von Uli H.	13
Die neue Rechte und die Friedensbewegung	13
Kurzmeldungen	14
69. Bergische Kunstausstellung	15
Bürgerfunkprogramm	15

### 20 Jahre Solinger Stadtzeitung tacheles

20 Jahre Berichte über Bürgerinitiativen, Anti-Rassismus, Skandale um Kissel, kommunalpolitische Themen, Solinger Umweltbewegung ...

#### Wenn das kein Grund zu Feiern ist!

Wir laden herzlich ein zu unserer Geburtstagsfeier am **3. Oktober**, 16.00 h in den Güterhallen, Gleis 3, Alexander-Coppel-Straße 34  
Mit: Solinger Musikern, Essen und Trinken, Geschichten von Wegbegleitern ...

## Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3.000  
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen  
E-Mail: tacheles-solingen@gmx.de  
www.tacheles-solingen.de

Druck: Ordensgemeinschaft – Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 44 93 98 70

Ausgabe 62 - 15. August 2015

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche  
c/o Café Courage,

Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen  
Bankverbindung:

Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.  
BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)

Konto-Nr. 546 464 1

Layout: Heinz Mähner

### Einweihung der Stele für Walder Widerstandskämpfer

Ca. 150 Menschen nahmen an der Einweihung der Stele für die Solinger Widerstandskämpfer um Karl Bennert vor dem Gebäude des ehemaligen Walder Rathauses an der Friedrich-Ebert-Straße teil. Birgit Zeier (Walder Bezirksbürgermeisterin, SPD) und Inge Krämer (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - VVN/BdA) sprachen zu den Anwesenden. Die Bobcats um Heinz Siering (Jugendhilfswerkstatt) begleiteten die Veranstaltung musikalisch. Karl Bennert und seine Widerstandsgruppe hatten kurz vor dem Einmarsch der US-Armee unter Lebensgefahr die Entwaffnung der NSDAP-Leitung des Stadtteils durchgeführt und erreicht, dass Wald als Zeichen des Friedenswillens weiß beflaggt wurde. So wurde die Zerstörung des Stadtteils verhindert.



Einweihung der Stele in Solingen Wald  
Fotos: Harriet Littmann-Schmidt & Thomas Schmidt

### Solingen-Wald vor Zerstörung gerettet

Erinnerung an die Widerstandskämpfer

**Karl Bennert**  
4.7.1912 - 14.2.2000

Alex Borgermans, Artur Dillenberg, Helmut Mertens,  
Fritz und Karl Rauh

Im April 1945 erhoffte die Bevölkerung in Solingen-Wald sehnlichst den Frieden. Aber SS und Gestapo versuchten durch Waffengewalt und Terror das Ende des Zweiten Weltkrieges hinauszuzögern.

Frauen und  
**Café Courage**  
Initiativen Treff e.V.

Klemens-Horn-Str. 3  
42655 Solingen  
Tel.: 0212 27 36 35

### Mittwochs offene Tür

**von 12:00 bis 15:00 Uhr**  
Offener Willkommenstreff für Flüchtlinge und  
UnterstützerInnen

**von 15:00 bis 18:00 Uhr**  
Koffieklatsch

# OBERBÜRGERMEISTERWAHL AM 13. SEPTEMBER 2015

## Welche Ambitionen verfolgen die am meisten favorisierten Kandidaten für die Arbeit als Stadtoberhaupt?

Es folgt eine gekürzte Wiedergabe der Antworten von Frank Feller (CDU) und Tim Kurzbach (SPD) auf die „Wahlprüfsteine“ der Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“. Die kompletten Fragen und Antworten finden sich bei: <http://solingen-gehört-uns.org/wahlprüfsteine/>

Die Fragen an die beiden Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl 2015 und deren Antworten wurden bereits im Mai veröffentlicht. Aus diesem Grund können die drei erst am 27. Juli. zugelassenen parteilosen Kandidaten Friedhelm Funk, Hakan Canik und Coco Teuber hier nicht berücksichtigt werden.

### Die Fragen an Frank Feller und Tim Kurzbach

behandelten u.a. die Themen Privatisierungen, Schwimmbad Vogelsang, Stadtwerkeverkauf, Bedrohung durch TTIP, Gewerbegebiete, Bürgerbeteiligung und ÖPNV.

Der Schwerpunkt der Fragen liegt, wie auch bei der Arbeit der Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“, bei der Erhaltung und Förderung der kommunalen Daseinsvorsorge und dem Schutz vor Privatisierungen in den verschiedenen städtischen Bereichen.

### „Öffentlich-Private Partnerschaften“ (ÖPP):

Die erste Frage lautet: „Werden Sie als Oberbürgermeister die von Sigmar Gabriel (SPD) geplanten ‘Öffentlich-Privaten Partnerschaften’ (ÖPP) für Investitionen in die kommunale Infrastruktur in Anspruch nehmen?“

Frank Feller antwortet: „Ich halte dies grundsätzlich für ein interessantes Modell. (...) Im Einzelnen muss die Stadt bei ÖPP-Modellen immer auf die jeweilige vertragliche Ausgestaltung achten.“

Tim Kurzbach: „Ich habe mich in den vergangenen Jahren gemeinsam mit der SPD und den Grünen massiv für die Rekommunalisierung unserer Daseinsvorsorge engagiert (...) Diese grundsätzliche Haltung zur kommunalen Daseinsvorsorge gilt natürlich auch für die Infrastruktur.“

### Schwimmbad Vogelsang:

Sollte es zu der Entscheidung kommen, dass das Schwimmbad neu gebaut wird, stellt sich die Frage nach der Finanzierung. Auf die Frage, ob der Neubau mit einem günstigen Kommunalkredit oder durch einen privaten Investor (ÖPP) finanziert werden sollte, plädiert Tim Kurzbach für einen Kommunalkredit und „Daseinsvorsorge und

Infrastruktur in kommunaler Hand. Solingen handelt souverän und selbstbewusst – für die Bürgerinnen und Bürger.“ Frank Feller meint dagegen: „Auch hier gilt: ein ÖPP-Modell ist eine sehr interessante und in der Praxis auch erprobte Variante.“

### Stadtwerke Solingen:

Bezogen auf die Stadtwerke lautete die Frage: „Schließen Sie darüber hinaus einen erneuten Anteilsverkauf an Investoren aus?“

Frank Feller antwortet: „Ich bin immer für eine ergebnisoffene Betrachtung verschiedener Varianten; das kann bedeuten etwas alleine zu machen, zu kooperieren (was zunehmend geschieht) oder auch über Beteiligungen nachzudenken.“

Kommunen gegen die geplanten Handelsabkommen starten.“ Deutlich spricht er sich gegen eine Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen aus.

### Umsetzung von Bürgerbeteiligung:

Frank Feller schreibt: „Über die gesetzlich normierten Beteiligungsrechte jedweder Art hinaus, halte ich den Dialog zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung für unbedingt notwendig. Für Hinweise und Ratschläge werde ich immer ein offenes Ohr haben und versuchen, diese auch in Entscheidungen einfließen zu lassen. Allerdings möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt die demokratisch legitimierten Vertreterinnen



Tim Kurzbach schließt einen erneuten Verkauf grundsätzlich aus: „Die SPD und die Grünen waren Promotoren der Rekommunalisierung unserer Stadtwerke. (...) Ich will, dass die städtischen Betriebe leistungsstark, gut geführt und sozial vorbildlich aufgestellt ein Standortvorteil für Solingen und seine Bürgerinnen und Bürger bleiben – und damit Perspektive haben.“

### Bedrohung durch CETA, TTIP und TISA:

Die geplanten Handelsabkommen CETA (EU mit Kanada), TTIP (EU mit USA) und das Dienstleistungsabkommen TISA (EU, USA und ca. 30 andere Staaten) sind nicht nur eine Bedrohung für die kommunale Handlungsfähigkeit, sondern öffnen Privatisierungen kommunaler Daseinsvorsorge Tür und Tor.

Auf die Frage, was die beiden OB-Kandidaten unternehmen werden, um die geplanten Handelsabkommen zu verhindern, gibt sich Frank Feller zufrieden: „Der Rat der Stadt Solingen sich für den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgesprochen.“

Tim Kurzbach sieht allerdings Handlungsbedarf: Er will „gemeinsame Aktivitäten über den Städtetag sowie Verbände zwischen den

und Vertreter im Rat und in den Ausschüssen mit dem Auftrag versehen haben, ihre Interessen zu vertreten.“

Tim Kurzbach möchte „das kreative Potential“ der Solingerinnen und Solinger stärken. „Über Maßnahmen von einfachen Informationserhebungen (Online-Abfragen) bis hin zu anspruchsvollen qualitativen und dialogorientierten Beteiligungsprozessen will ich die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der Stadt beteiligen. Ich werde das Rathaus für den Diskurs mit allen Akteuren öffnen – ihr Wissen, ihre Vorstellungen und ihre Kreativität sollen in transparente Diskussionen und Entscheidungsprozesse einfließen.“

### ÖPNV

Wir fragten: „Werden Sie als Oberbürgermeister in ihrer Amtszeit 2015 - 2020 weitere Kürzungen beim Solinger Busverkehr unterstützen?“

Frank Feller antwortet: „Für die zukünftige Entwicklung gilt es, den konkreten Bedarf der Menschen und die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV immer konkret im Blick zu behalten.“ Tim Kurzbach antwortet: „Ich stehe hinter dem deutlich attraktiveren neuen Nahver-

kehrplan, der bei den SolingerInnen und Solingern offenbar gut angekommen ist. (...) Für weitere Kürzungen sehe ich keinen Anlass.“

#### Fazit:

Es bleibt die Wahl zwischen:

Frank Feller, einem erfahrenen Verwaltungsfachmann, der verspricht immer ein offenes Ohr für die BürgerInnen zu haben. Er ist aber auch immer offen für wirtschaftliche Interessen. In seinen Antworten legt er sich möglichst wenig fest, verspricht dafür aber alles im Blick zu haben. Vor allen Dingen die Förderung der Wirtschaft scheint ihm Herzensangelegenheit zu sein - Geht es der

Wirtschaft gut, geht es auch den Menschen gut. Leider sieht die Realität anders aus: Was die Konzerne an Gewinn machen, geht meist zu Lasten der BürgerInnen. Das derzeitige Wirtschafts- und Finanzsystem stürzt von einer Finanzkrise in die nächste und nimmt dabei Ausbeutung, Umweltzerstörung, Krisen und Kriege für die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsmacht in Kauf.

Tim Kurzbach: ein eher globalisierungskritischer und wirklich bürgernahe Kandidat, der innovative Ideen für die Zukunft unserer Stadt hat, wobei er auch Wert auf Nachhaltigkeit legt und darauf, dass Ökonomie und Ökologie im Gleichklang bleiben. Er will sich für ein offenes Rathaus einsetzen, offen für

die Anliegen der Bürger – und kein ver Schlossener Verwaltungstrakt – das sind gute Aussichten!

#### Aufruf zur Oberbürgermeisterwahl:

Unter der Führung des neuen Oberbürgermeisters muss ein zukunftsfähiger, nachhaltiger Weg für unsere Stadt Solingen entwickelt werden.

Wer ist der richtige Kandidat dafür? Entscheiden Sie am 13. September mit!!!

*Birgit Correns*

## WER WIRD DER NEUE SOLINGER OBERBÜRGERMEISTER?

### Ein Kommentar von Frank Knoche

So wie es aussieht, wird der neue Solinger Oberbürgermeister, egal ob er Tim Kurzbach oder Frank Feller heißt, einer sein, der mit den wenigsten Stimmen von allen vorherigen OB gewählt wurde. Durch die Trennung von Kommunal- und OB-Wahl wird allgemein eine noch geringere Wahlbeteiligung erwartet als die 43,7 Prozent bei der letzten Kommunalwahl im Mai des vergangenen Jahres. Die Legitimation des nächsten Solinger Oberbürgermeisters wird sich dann nur noch von etwa 22 Prozent der Wahlberechtigten ableiten lassen. Dass es so weit kommen konnte, haben wir dem noch amtierenden CDU-Oberbürgermeister Norbert Feith und seiner Partei zu verdanken. Im Gegensatz zu den meisten seiner Amtskollegen lehnte er es ab, sein Amt vor einem Jahr erneut zur Wahl zu stellen, damit Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl wieder zusammen stattfinden konnten. Finanzielle Einbußen hätte er dadurch nicht gehabt. Und wie wir seit kurzem wissen, hatte er sich ja schon vor seinem Amtsantritt als OB in Solingen seinen alten Job im Bundesfamilienministerium absichern lassen. Die Extra-Wahl und die mögliche Stichwahl wird Solingen einige hunderttausend Euro kosten. Schon allein das wäre ein Grund, einen Kandidaten dieser Partei nicht zu wählen.

Betrachten wir die beiden Bewerber, die als einzige eine reale Chance haben, gewählt zu werden (Lieber Coco, es tut uns leid, aber Du hast, wie die anderen Einzelbewerber, Null-Chancen), dann steht da im Kern mit Tim Kurzbach ein noch junger Politiker, der nicht so weiter machen will, wie bislang, gegen Frank Feller, einen älteren Verwaltungsstrategen, der 42 Jahre in der dritten und zweiten Reihe der Solinger Stadtverwaltung recht unauffällig gedient hat und verspricht so weiter zu machen wie bisher, nur das etwas besser zu können, als er das in den vergangenen 42 Jahren zuvor getan hat.

Da steht der bürokratieerfahrene Ordnungspolitiker, der dem skandalträchtigen ehemaligen Kämmerer Ernst Schneider (CDU) als Referent treu gedient hat und somit eine Mitverantwortung für den verlustreichen Knebelvertrag der Energieversorgung durch RWE, die Millionenverluste bei den Zinswetten mit der Deutschen Bank, den Flop mit einer Schweizer Scheinfirma, deren Vertreter mit Schneiders Ex-Frau liiert war und für die Millionenverluste beim Löschwasservertrag der Stadtwerke mit MVV und so manch andere skandalöse Verlustgeschäfte trägt. Als Leiter des Revisionsdienstes steht der Name Feller auch nicht gerade für jemanden, der mutig und ohne falsche Rücksichtnahme gegen solche dubiosen Fehlentscheidungen vorgegangen wäre. Bei seinem Versuch, sich jetzt

als der Kandidat zu präsentieren, welcher der heimliche Verantwortliche im Hintergrund ist für einige positive Leistungen der Verwaltung, wie die Kunstrasenplätze oder den ersten Schulentwicklungsplan darzustellen, schmückt er sich mit falschen Federn und lenkt von den vielen Fehlleistungen, für die er eine Mitverantwortung trägt, ab. Auch wenn Frank Feller sich zeitweise mit dem CDU-Chef Fabian Kessler überworfen hatte, gehörte er doch 42 Jahre lang zur der, die Verwaltung beherrschenden, CDU-Parteibuch-Regie im Amtsleitern, Dezernenten, Referenten und Bediensteten im höheren und mittleren Dienst, die sich vor nicht CDU bestimmter Politik und Bürgerbeteiligung abschotteten und nicht erst seit heute eine demotivierte und ineffiziente Stadtverwaltung hinterließen.

Tim Kurzbach ist da, auch auf Grund seiner Gnade der späten Geburt, noch ziemlich unbelastet. Für Linke hat er den Makel: SPD! Wer hat uns verraten? Aber er ist kein typischer Funktionär der alten Sozialdemokratie. Immerhin hat er es in den letzten acht Jahren geschafft, dass ihm die links von der SPD stehenden Solinger Grünen mehr vertrauen als seinen sozialdemokratischen Vorgängern in der Verantwortung (ausdrücklich sind hier nicht gemeint Ernst Lauterjung und Alt-OB-Kaimer), weil er Umweltfragen ernster nimmt und von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) geprägt, über eine zutiefst soziale Grundeinstellung verfügt. Deutlich wurde das in der Kontroverse um Gewerbegebiete, zum Beispiel um Buschfeld. Problematisch bleibt dabei seine Befürwortung einer großen bergischen Sporthalle im Gewerbegebiet Piepersberg-West. Auch bezüglich Hartz IV hat Kurzbach eine äußerst kritische Haltung. Als Sozialarbeiter und Geschäftsführer der AWO kennt er die Sorgen der von Arbeitslosigkeit betroffenen und skandalös schlecht bezahlten Beschäftigten und hat in Zusammenarbeit mit dem kommunalen Jobcenter sinnvolle Projekte durchgesetzt, die vor allem den Interessen der Arbeitslosen entsprechen und nicht der Hartz-IV-Bürokratie. Familiär kommt er aus „einfachen“ Verhältnissen und weiß, was es bedeutet, nicht zu den reicheren Privilegierten zu gehören. Natürlich ist das keine Garantie dafür, dass er sich, ins Amt gewählt, nicht verändert. Wahrscheinlich werden viele von uns auch in der ein oder anderen Sache dann von ihm enttäuscht werden. Wer da auf Nummer sicher gehen will, um nicht enttäuscht zu werden, der geht entweder nicht zur Wahl, wählt einen der chancenlosen Einzelbewerber, oder wählt Frank Feller. Dann ändert sich mit absoluter Sicherheit nämlich überhaupt Nichts!

## Um die Energiewende voranzutreiben: Die „BürgerEnergie Solingen eG“

Die im Februar 2015 eingetragene Genossenschaft „BürgerEnergie Solingen“ (BESG) versteht sich als Interessenvertretung von Solinger BürgerInnen für eine dezentrale, ökologische, nachhaltige und bürger-nahe Energiewirtschaft – und trägt damit in der Praxis regional zum Gelingen der Energiewende bei.

### Energiewende auch in Solingen:

Das Ziel der deutschen Energiewende steht fest: Die Energieversorgung in Deutschland soll nachhaltig und verantwortungsbewusst gegenüber kommenden Generationen gestaltet werden. Dafür soll der Strombedarf bis zum Jahr 2050 zu 80% mit erneuerbaren Energien gedeckt und damit nahezu frei von Treibhausgasemissionen erzeugt werden. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg – und den will die „BürgerEnergie Solingen eG“ zusammen mit möglichst vielen BürgerInnen in Solingen mitgestalten.

### Die erste Investition in die Erzeugung erneuerbarer Energie:

„Durch die nachhaltige Energieerzeugung direkt vor Ort können unsere Mitglieder konkret nachvollziehen, wie hier mit ihrem Geld Erzeugungsanlagen gebaut werden und dadurch nachhaltiges und zukunftsfähiges Wirtschaften realisiert wird“, betont Ingeborg Friege, Vorstandsvorsitzende der BESG.

Die erste Photovoltaikanlage, gebaut mit Komponenten „Made in Germany“ auf einem Dach der Technischen Betriebe Solingen, wurde von einem Solarteur aus der Region geplant und gebaut. Die BESG konnte ihre erste Investition von rund 73.000 Euro vollständig aus den Anteilen ihrer Mitglieder selbst finanzieren. Die Anlage erzeugt mit 216 Solarmodulen elektrische Energie mit einer Nennleistung von 56 Kilowatt und einer Ertragsprognose von 48 Megawattstunden im Jahr. Ihr Ertrag wird vollständig in das Solinger Stromnetz eingespeist: Das bedeutet, dass ca. 20 Haushalte mehr mit Grünstrom „produziert in Solingen“ versorgt werden können und gleichzeitig fast 30 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr eingespart werden!

### Das nächste Projekt:

In Planung ist eine weitere Solaranlage mit etwa 20 Kilowatt auf dem Dach der Grundschule Gottlieb-Heinrich-Straße in Wald. Nach den Sommerferien wird das Dach komplett renoviert und im Anschluss daran soll mit dem Bau der PV-Anlage begonnen werden.

### Zusammenarbeit mit den Stadtwerken:

Unter dem Motto „Gemeinsam – Regional –

Nachhaltig“ werden in partnerschaftlicher Zusammenarbeit Produkte und Dienstleistungen entwickelt, die besonderen ökologischen Anforderungen entsprechen.

Konkret umgesetzt werden soll als erstes ein Grünstromprodukt mit regionalem Bezug. Den Kriterienkatalog dazu stellen BESG und SWS gemeinsam auf, wobei beide Partner ihre Vorstellungen und ihre Kenntnisse einbringen. Im kommenden Herbst sollen diese Kooperation und erste konkrete Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

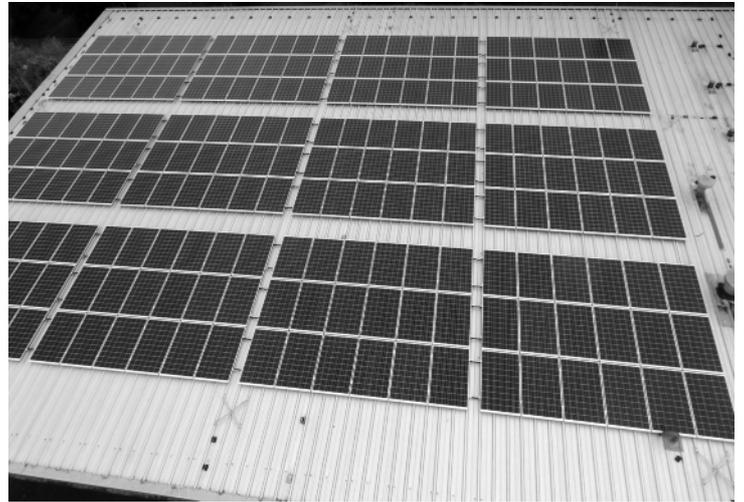
Es kann inzwischen auch erneut über den Kauf von Anteilen an den SWS nachgedacht werden, da eine Neuinterpretation des Kapitalanlagegesetzes (KAGB) durch die BAFIN das für Bürgerenergiegenossenschaften wieder zulässt.

### Energiewendestammtisch:

Wer sich aktiv am Gelingen der Energiewende beteiligen möchte, der braucht die Möglichkeit, Fragen zu stellen, Antworten zu bekommen und Anregungen zu geben.

Deshalb organisiert die BESG zusammen mit Wuppertaler AktivistInnen im Wechsel regelmäßig einen „Energiewende-Stammtisch“. Der findet in der Regel am letzten Montag eines Monats, abwechselnd in Solingen und in Wuppertal statt. Dazu werden Fachleute eingeladen, die zu einem aktuellen Thema referieren und für eine anschließende Diskussion zur Verfügung stehen. Bisherige Themen waren z.B. Kraft-Wärme-Kopplung, umweltfreundliche Mobilität, das neue EEG 2.0, die Einspeisevergütung sowie die Direktvermarktung von selbst erzeugtem Strom.

Die BürgerEnergie Solingen eG, die Bergische Bürgerenergiegenossenschaft eG sowie „W-EMOBIL 100?“ und der BEM (Bundesverband E-Mobilität) laden gemeinsam ein zum Austausch von Informationen zu spannenden Themen rund um die Energiewende; in lockerer Atmosphäre und unter lebhafter Beteiligung vieler AkteurInnen. So ist auch inzwischen ein kleines regionales Netzwerk von Interessierten entstanden – nach dem Ausspruch von Friedrich Wilhelm Raiffeisen: „Was einer allein nicht schafft,



das schaffen viele.“

### Mitgliedschaft:

Als eingetragene Genossenschaft ist die BESG seit etwa fünf Monaten „im Geschäft“ und hat im Augenblick 89 Mitglieder. Die „Bürgerenergie Solingen eG“ freut sich über jedes neue Mitglied!

Mit einem Anteil von 500 Euro (+ 50 Euro einmalige Eintrittsgebühr) sind Sie schon dabei.

Und Sie können gerne auch mehr als einen Anteil erwerben. Damit kann die BESG ihre unten angeführten Ziele dann auch schneller erreichen!

Die „BürgerEnergie Solingen eG“ freut sich aber genauso auch über mehr Mitdenker und Ideengeber, auf Mitmacher, Multiplikatoren und demnächst natürlich auch auf Kunden für das mit den Stadtwerken gemeinsam entwickelte „besondere“ Grünstromprodukt.

### Die nächsten Zielsetzungen der BESG:

Die Ausgestaltung einer Kooperation mit dem Spar- und Bauverein Solingen eG, bereits Mitglied der BESG.

Bau eines weiteren größeren Solarkraftwerks auf Dächern der TBS.

Die Gestaltung von Unterstützungsangeboten für unsere Mitglieder beim Bau eigener Photovoltaikanlagen.

Eine Konzeptentwicklung für die Direktvermarktung von Strom.

Überlegungen zur Förderung von E-Mobilität in Solingen.

Die Entwicklung neuer Projekte.

Die Kooperation mit unseren Stadtwerken langfristig auch durch einen Erwerb von Anteilen auszubauen.

Weitere Informationen und Kontakt:

[www.buergerenergie-solingen.de](http://www.buergerenergie-solingen.de)

*Ingeborg Friege, Birgit Correns*

## TEILERFOLG FÜR DAS ITTERTAL IM STADTRAT

**Das Ittertal ist eines der bedeutendsten Naherholungsgebiete Solingens. Es bildet zwischen Kuckesberg in Ohligs und Haus Grünewald in Gräfrath einen Biotopverbund von besonderer Bedeutung.**

Dieser Biotopverbund bildet zusammen mit den angrenzenden Großbiotopen Hildener Heide und Tal der Wupper/Burgholz einen Regionalen Grünzug von landesweiter Wirksamkeit. Im Ittertal sind zusätzlich zu den bestehenden, gar nicht (Fürkeltrath I) oder nur teilweise genutzten Gewerbegebieten (Piepersberg-Ost, Monhofer Feld) vier zusätzliche große Gewerbegebiete geplant: Keusen- hof (Ohligs, zwischen Wilzhauser und Kuckesberger Weg), Buschfeld (Wald, nördlich Garzenhaus), Fürkeltrath II (Gräfrath, nördlich Holz/nordwestlich Gütchen) und Piepers- berg-West (Gräfrath, nördlich Roggenkamp, östlich Westring).

### Stadtverwaltung hält Gutachten weiter unter Verschluss

Am 9.12.2013 forderte der Solinger Stadtentwicklungsausschuss mit den Stimmen von SPD, Grünen, BfS und DSW „die Erstellung eines Gesamtgutachtens unter Nachhaltigkeitsaspekten und ökologischen Gesichtspunkten, welches Politik und breiter Öffentlichkeit frühzeitig vor weiteren Beratungen vorgelegt werden soll.“ CDU und FDP stimmten vergeblich dagegen. Dieses Gutachten liegt allerdings bis heute nicht vor: Obwohl Stadtdirektor Hoferichter nach öffentlicher Kritik der Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“ versprach, das Gutachten „im ersten Halbjahr 2015“ vorzulegen, hat die Stadtverwaltung es immer noch nicht freigegeben. Es drängt sich der Eindruck auf, dass dies bewusst so lange herauszögert wird, bis alle politischen Entscheidungen zum Ittertal gefallen sind.

Die Bezirksregierung Düsseldorf stellt zurzeit den neuen Regionalplan auf. Der Regionalplan legt mit einer Geltungsdauer von mindestens 15 Jahren Vorgaben für die Bebauung in den Städten und Kreisen fest. Anders ausgedrückt: Die Landschaft kann nur

dort überbaut werden, wo der Regionalplan dies vorgibt. Am 18.9.2014 fasste der Regionalrat, das parlamentarische Gremium bei der Bezirksregierung, seinen Beschluss zum Entwurf für den Regionalplan. Darin sind die vier neuen Gewerbegebiete im Ittertal enthalten, obwohl die eigene Naturschutzabteilung dadurch „Biotopverbünde besonderer Bedeutung“ überplant sah.

### Massive Einsprüche von BürgerInnen, Bezirksvertretungen und Naturschützern

Dieser Entwurf traf in Solingen u.a. auf Hunderte Einsprüche von BürgerInnen. Die Mehrheit aus SPD, Grünen, Linken und BfS in der Bezirksvertretung (BV) Wald lehnte das Gewerbegebiet Buschfeld ab, mit eben-

SPD und Grünen mit Unterstützung von Linken, BfS, Piraten, SG Aktiv und FBU: Die Ausweisung von Buschfeld als Gewerbefläche wird abgelehnt. Buschfeld soll „Bereich zum Schutz der Landschaft und der Erholung“ werden. CDU, FDP, AfD und OB Feith stimmten für das Gewerbegebiet. Sie konnten sich aber nicht damit durchsetzen, das Landschaftsschutzgebiet Buschfeld – das zu zwei Dritteln von Naturschutzgebiet umgeben ist – zu zerstören. Dies ist ein wichtiger erster Erfolg des Widerstands gegen die vier neuen Gewerbegebiete im Ittertal.

Anders als die Mehrheit des Stadtrates lehnten Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste im Stadtrat ebenso wie Die Linke und SG Aktiv aber auch die geplanten Gewerbegebiete



*Der Rat beschloss: Das Landschaftsschutzgebiet Buschfeld soll erhalten bleiben  
Foto: Dietmar Gaida*

dieser Mehrheit wurde in der BV Gräfrath die Bebauung von Fürkeltrath II abgelehnt. Der Solinger Landschaftsbeirat sprach sich einstimmig bei zwei Enthaltungen gegen die vier zusätzlichen Gewerbegebiete im Ittertal aus. Das Landesbüro der Naturschutzverbände wehrte sich u.a. mit folgenden Argumenten ebenso gegen die Planungen: „Das gesamte Ittertal stellt eine bedeutende Biotopverbundachse zwischen Freiräumen in Solingen, Wuppertal, Haan und Hilden dar, erfüllt Funktionen als Kaltluftentstehungsgebiet und hat ebenso eine Bedeutung für die Erholungsnutzung der Bewohnerinnen und Bewohner der genannten Kommunen. (...) Die geplante Einschnürung führt zu einer Verminderung der Funktionalität als Biotopverbundachse. (...) Die Böden sind wegen ihrer Ertragsfähigkeit als schutzwürdig anzusehen (...). Eine großflächige Inanspruchnahme durch die oben genannten Bauflächen würde das Entwicklungspotenzial dieser Flächen zunichtemachen und zum Rückgang weiterer, auch planungsrelevanter Arten führen.“

### Stadtrat will Landschaftsschutzgebiet Buschfeld erhalten

Am 26.3.2015 beschloss der Stadtrat auf Antrag von

Fürkeltrath II, Piepersberg-West und Keusen- hof ab. Sie wurden darin bei Fürkeltrath II von BfS und FBU unterstützt, bei Keusenhof nur von der FBU.

### Folgt der Regionalrat dem Solinger Votum zu Buschfeld? Erhält er endlich das Gutachten?

Der Regionalplan steht am 17.9. im Planungsausschuss des Regionalrates und am 24.9. im Regionalrat selbst wieder auf der Tagesordnung. Es wird interessant sein, zu beobachten, ob der Regionalrat dann zu Buschfeld wenigstens dem Beschluss des Rates (wenn schon nicht den Stellungnahmen der Naturschutzverbände) folgt und beschließt, es als Landschaftsschutzgebiet zu erhalten. Interessant wird auch sein, ob die Verwaltung vor weiteren Regionalrats- und Stadtratsbeschlüssen endlich das Gesamtgutachten Ittertal aus der Schublade zieht und veröffentlicht. Dann sollte über die Zerstörung der Biotopverbundachse Ittertal gesprochen werden. Auch die anderen drei zusätzlich im Ittertal geplanten Gewerbegebiete sollten dann endlich aufgegeben werden.

Es wird am Ende eine erneute Offenlage des Regionalplans geben und der Stadtrat wird erneut darüber abstimmen. Es bleibt also spannend, wie mit unserem Ittertal umgegangen wird.

*Dietmar Gaida*



Sektion der  
Bundesrepublik  
Deutschland e.V.  
Bezirk **3560**  
Gruppe **1424**

**Helmut Eckermann**  
**Burger Landstraße 19**  
**42659 Solingen**

## 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus – Ein Grund zum Feiern, zum Dank an die Befreier und den Widerstand, zum Gedenken an die Opfer, gegen Krieg und Faschismus!

Am 8. Mai 1945 wurde ganz Europa von dem bis heute größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte, dem deutschen Faschismus und seinem Weltkrieg II, befreit. Mehr als 55 Millionen Menschen waren zuvor Nazi-Terror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer gefallen. Allein die Sowjetunion verlor 27 Millionen Bürger in diesem Krieg. Millionen Menschen auf der ganzen Welt bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid.

Erst vor 20 Jahren wagte es der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, den 8. Mai 1945 als den Tag der Befreiung zu bezeichnen. Bis 1985 sprach man im offiziellen Deutschland 40 Jahre lang eher vom Tag der Niederlage und Kapitulation, was unterstellte, dass die Niederlage der Nazis auch gleichzeitig die Niederlage des gesamten deutschen Volkes war. Die Revolte der 68er-Generation bewirkte gerade hier eine ehrlichere Aufarbeitung dieser dunkelsten Zeit der deutschen Geschichte. Auch heute haben, vor allem wenn es um die Ursachen des deutschen Faschismus geht, große Teile der sogenannten politischen Elite mit dieser Charakterisierung der Befreiung immer noch ihre Schwierigkeiten. Sie passen sich zwar möglichst politisch korrekt dem Mainstream einer weltoffenen „Exportnation“ an, aber die grundlegenden, historisch begründeten, Schlussfolgerungen gegen Faschismus und Krieg haben sie dabei nicht wirklich verinnerlicht.

In Solingen sind wir gerade in jüngster Zeit bei der Aufarbeitung von Faschismus und Widerstand vorwärts gekommen. Am 8. Mai 2015 wird in Wald eine Stele für die Widerstandsgruppe um Karl Bennert eingeweiht. Eine Schule soll den Namen der Widerstandskämpferin Thilde Kloose erhalten. Eine weitere Schule soll den Namen des verfolgten jüdischen Mäzen, Alexander Coppel,

tragen. Zwar gibt es noch Widerstände von konservativen PolitikerInnen, die auf keinen Fall wollen, dass öffentlich bekundet wird, dass Karl Bennert (s. S. 2) und Thilde Kloose Kommunisten waren, aber die finden mehr und mehr keine Mehrheiten. Das Gräfrather Haus der Jugend trägt schon länger den Namen von Hermann Friedrich Gräbe, der vielen hunderten Juden das Leben rettete. Gräbe galt in der Nachkriegszeit als Verräter und Nestbeschmutzer und verließ deshalb Deutschland und unsere Stadt.



*Fest zum Tag der Befreiung am 8. Mai auf dem Alten Markt Foto: Stephan Haeger*

Wir feiern heute auch diese Realisierung schon lange eingeforderter Würdigungen von AntifaschistInnen im öffentlichen Bild und Gedächtnis unserer Stadt.

Gespannt darf man darauf sein, ob auch eines Tages Richard Sorge, der einige Jahre in Solingen gelebt hat und als der erfolgreichste Spion der Weltgeschichte bezeichnet wird, entsprechend gewürdigt wird. Richard Sorge hat den genauen Tag des Angriffes der deutschen Wehrmacht auf die UdSSR und den Nichtangriffsplan Japans gegen Russland in Tokio ausspioniert und damit die zwei wichtigsten kriegsentscheidenden Informationen für die Sowjetunion geliefert. Wir sollten stolz darauf sein, dass ein solcher Mensch in unserer Stadt gewirkt und gelebt hat.

Diesen Menschen des Widerstandes, den Deserteuren und antifaschistischen „Spionen“, sowie den alliierten Befreier der Anti-Hitler-Koalition verdanken die Nachkriegsgenerationen ein „goldenes Zeitalter“ des Friedens in Europa. Diese Periode endete allerdings mit dem Jugoslawien-Krieg, an dem sich auch Deutschland wieder initiiierend beteiligte. Dieser Wiedereintritt Deutschlands in die Reihe der Krieg führenden Länder war

ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und mit den Lehren der jüngeren deutschen Geschichte. Heute sind deutsche Waffen – und oft auch deutsches Militär – wieder an den meisten Kriegen in der Welt beteiligt. Die Bereitschaft, „deutsche Interessen“ mit militärischen Mitteln durchzusetzen, wurde gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung erneut zur politischen Praxis der Regierenden.

Mit großer Sorge sehen wir, dass die gegenwärtige Krise um die Ukraine Europa an den Rand eines neuen Krieges treibt. An dieser gefährlichen Entwicklung tragen die deutsche Regierung, die EU und die NATO erhebliche Mitschuld. Entgegen den Versprechungen gegenüber Gorbatschow, mit dessen Zustimmung zur deutschen Einheit keine Osterweiterung der NATO voran zu treiben, haben sich NATO und EU Schritt für Schritt an die heutigen Grenzen Russlands heran erweitert. Russland muss sich zu Recht bedroht fühlen. Mit der Einbeziehung der Ukraine in EU und NATO-Strategien wurde eine explosive Situation geschaffen. Nicht als Vermittler, sondern als Konfliktpartei, behandeln NATO und EU Russland heute als neuen alten Feind, dem sie mit Propaganda, Drohgebärden und Sanktionen gegenüber treten. Wir fordern die sofortige Beendigung dieser gefährlichen Politik. Im 70. Jahr der Befreiung vom Faschismus steht die Bundesregierung in der historischen Verantwortung, eine neue Entspannungspolitik mit Russland auf den Weg zu bringen, in der die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten Berücksichtigung finden. Diejenigen, welche den Bruch des Völkerrechts durch die Putin-Regierung kritisieren, sind deshalb unglaubwürdig, weil sie selbst das Völkerrecht gebrochen haben und glauben, dass Völkerrecht aus der Position des Stärkeren definiert werden kann.

In unserem Land und auch in unserer Stadt gibt es ein sehr großes Verständnis und eine große Hilfsbereitschaft für die vielen Flüchtlinge, die bei uns Schutz suchen. Die Länder, aus denen diese Menschen flüchten, sind im Prinzip durch eine neokoloniale Politik, welche auch von unseren Regierungen mitbetrieben wurde, derartig ruiniert worden, dass ihren BürgerInnen keine andere Möglichkeit als die der Flucht aus ihrer Heimat bleibt. Unser Reichtum basiert auf der Armut und Verzweiflung dieser Menschen. Deshalb ist der 8. Mai für uns auch ein Tag der Solidarität mit den Flüchtlingen, gegen rassistische Hetze und interessengesteuerte Diskriminierung und Kriminalisierung von Asylsuchenden.

*Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus*



## RICHARD SORGE — EIN SOLINGER SPION IM WIDERSTAND

**Rede von Frank Knoche am 8. Mai beim Fest zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus.**

Wir feiern hier das Fest der Befreiung und wir feiern vor allem den militärischen Sieg der Anti-Hitler-Koalition, den Sieg der Widerstandskämpfer und Partisanen, den Sieg der Deserteure, Wehrkraftzersetzer, Saboteure und Spione gegen den Faschismus.

Hier möchte ich euch einen Menschen vorstellen, der zwar nur kurze Zeit in Solingen gelebt hat, aber als einzelner Mensch – meiner Meinung nach – mit den größten Anteil an der Niederschlagung der Nazidiktatur hatte.

Ich persönlich glaube, dass wir in Aufarbeitung des Faschismus erst dann wirklich einen Durchbruch erreicht haben, wenn ein Platz oder eine Straße hier in Solingen den Namen dieses Mannes tragen wird.

Es handelt sich um Richard Sorge, der bei uns heute immer noch als Vaterlandsverräter und Nestbeschmutzer gilt:

Richard Sorge wurde als Sohn eines Deutschen, der als Ingenieur in einer Erdölraffinerie in Baku am Kaspischen Meer arbeitete, und einer russischen Mutter geboren. Als er zweieinhalb Jahre alt war, zog die Familie nach Berlin. Dort schloss er sich später einem sozialdemokratischen Arbeiterturnverein an.

Er meldete sich im Ersten Weltkrieg freiwillig und wurde im Sommer 1915 bei den Kämpfen bei Ypern in Westflandern verwundet.

Als Konsequenz aus dem eigenen Erleben stellte Sorge später fest: „Ich habe am ersten Weltkrieg teilgenommen, habe den Krieg an beiden Fronten - im Osten und Westen - mitgemacht, bin mehrmals verwundet worden, habe das Unglück des Krieges am eigenen Leibe erfahren. Kriege werden letztlich nur von einer kapitalistischen Gesellschaft inspiriert. Um die Menschheit von diesem Un-



*Richard Sorge 4.10. 1895 - 7.11. 1944*

glück zu befreien, muß man den Kapitalismus ablehnen!“

Am 28. Februar 1921 zog Sorge nach Solingen. Hier heiratete er dann Christiane Gerlach. Die Sorges wohnten zu dieser Zeit am Bertramsmühler Weg in der Südstadt. Richard Sorge wurde Redakteur bei der Bergischen Arbeiterstimme, die ihre Räumlichkeiten an der heutigen Max-Leven-Gasse hatte. An den Volkshochschulen in Wald und Ohligs bot er mit großem Erfolg Betriebsräteurse an. Aus seinem letzten Kurs über „Die Akkumulation des Kapitals“ wurde später ein vielbeachtetes Buch, in das Sorge die gleichnamige Arbeit von Rosa Luxemburg aufnahm. Von Solingen zog er nach Frankfurt am Main, wo u. a. der Komponist Paul Hindemith, der Lyriker Stefan George, der Maler und Karikaturist George Grosz (Ausstellung) zu seinen Freunden zählten.

Im April 1924 erfuhr Richard Sorges Biografie eine entscheidende Wende. Während des 9. (illegalen) Parteitages der KPD im Rhein-Main-Gebiet betreute er sowjetische Genossen, die ihm vorschlugen, im Moskauer Büro der Kommunistischen Internationalen zu arbeiten. Die Leitung der KPD stimmte zu, Sorge wurde Staatsbürger der UdSSR und im März 1925 Mitglied der KPdSU(B).

Eine längere Zeit wohnte und lebte Sorge mit seiner Frau im Hotel Lux in Moskau.

Sein erster Auftrag führte ihn 1929 nach China, wo er – als Journalist arbeitend – u.a. Bekanntschaft mit Tschiang Kai-Shek und deutschen Reichswehroffizieren, die als dessen „Berater“ auftraten, machte und wertvolle Informationen sammeln konnte.

Die heiße Phase als Agent begann mit einer Rückkehr nach Deutschland. Von hier aus reiste Sorge im Auftrag der Sowjets nach Japan und berichtete von dort aus ständig direkt nach Moskau.

Über Kontakte durch Ozaki Hotsumi kam Sorge an Leute wie den japanischen Premier Fumimaro und in die deutsche Botschaft. Zu der von ihm in kurzer Zeit aufgebauten Kundschaftergruppe „Ramsey“ gehörten 32 Japaner, vier Deutsche, zwei Jugoslawen und ein Engländer.

Seinen Auftraggebern in Moskau lieferte er stichhaltiges Material über den geplanten Angriff auf Pearl Harbor und den bevorste-

henden deutschen Angriff auf Russland. Zu letzterem Unternehmen konnte Sorge alle Details, wie Tag, Stärke der Verbände und Richtung nennen.

Stalin ignorierte diese Informationen als Fehlinformationen. Er vertraute der deutschen Regierung und Adolf Hitler mehr als seinem eigenen kommunistischen Kundschafter.

Diese Fehleinschätzung hatte für die SU die schlimmsten Folgen. Die stalinistischen sogenannten „Säuberungen“, vor allem unter den Kommunisten selbst und in der militärischen Führung des Landes, schwächten die SU ebenfalls enorm, so dass ich heute sagen würde: Die Sowjetunion hat den Faschismus nicht durch Stalin, sondern trotz Stalin, besiegt.

Allerdings beachtete Stalin später die Information Sorges, wonach Russland nicht vom Osten her angegriffen werden würde. Dies war ebenfalls eine kriegsentscheidende Nachricht, welche es der SU ermöglichte, fast alle Truppen an der sogenannten Westfront einzusetzen.

Im Oktober 1944 wurden Dr. Richard Sorge und sein Gehilfe Ozaki Hotsumi von der japanischen Geheimpolizei festgenommen. Die Hinrichtungen erfolgten am 7. November 1944 durch den Strang.

Dreimal hat Japan versucht, den zum Tode Verurteilten auszutauschen, dreimal hieß es in Moskau: „Der Name Richard Sorge ist uns unbekannt.“

Durch die folgenschweren Fehler Stalins wurde Sorge zu einem Sicherheitsrisiko für die KPdSU und Stalin selbst. Moskau ließ ihn fallen und schwieg ihn einfach aus der Geschichte weg. Erst 1964 wurde er rehabilitiert.

Seine spätere Frau Katja, die in der Heimat zurückgeblieben war, wurde von Stalins Geheimdienst in Rußland verhaftet und der Spionage für den deutschen Geheimdienst angeklagt. Nach einer Scheinverhandlung, bei der - wie üblich in den Zeiten der Säuberungen - keine Beweise vorgelegt wurden, schickten die Richter sie in die sibirische Verbannung. Dort starb Katja, 38, ein gutes Jahr vor ihrem Mann. Es sollte keine Zeugen mehr geben für Stalins Versagen zu Beginn des Krieges.

Das war, was ich über diesen Mann, der kurze Zeit in dieser Stadt lebte, sagen wollte.

Wenn wir immerhin, aber erst jetzt anfangen, Widerstandskämpferinnen wie Thilde Klose oder Karl Bennert zu ehren, dann ist das eine gute Entwicklung. Ich glaube aber: Erst dann sind wir mit Aufarbeitung des Faschismus und Würdigung des Widerstandes dagegen, erst dann wirklich und ehrlich verinnerlicht weiter gekommen, wenn eine Straße oder ein Platz hier in unserer Stadt den Namen Richard Sorge trägt.

UWE ALVERMANN  
BURGSTRASSE 112  
42655 SOLINGEN  
TELEFON (02 12) 31 06 61  
TELEFAX (02 12) 31 15 59  
MOBIL 0172-655 68 22  
U.ALVERMANN@ARCOR.DE

## Die neue Regelung bei den Kosten der Unterkunft für ALG II und Sozialhilfe ist ein sozialpolitischer Tiefschlag

ALG II- und Grundsicherungsempfänger, die Alters- oder Erwerbsunfähigkeits-Hilfe empfangen, dürfen nur in Wohnungen leben, die einen niedrigen Standard haben und weniger kosten als die meisten anderen Wohnungen für Besserverdiener.

Angemessen war in Solingen zum Beispiel für eine Person bislang 50 Quadratmeter für eine Grundmiete von 258 Euro und etwa 75 Euro Nebenkosten. Unter diesen Bedingungen eine Wohnung zu finden, das war eh schon schwierig. Nun hat die Verwaltung ein Gutachten über die konkreten Solinger Mietverhältnisse vorliegen, welches besagt, dass es ausreichend zu vermietende Wohnungen in Solingen geben soll, die für eine Grundmiete von 246 Euro (4,92 Euro pro m<sup>2</sup>) zu haben sind. Machen Sie einmal die Probe aufs Exempel und suchen Sie bei verschiedenen Immobilienanbietern im Internet danach. Sie werden kaum eine zu diesem Preis finden. Selbst der Solinger Spar- und Bauverein, der als Anbieter von besonders preiswerten Wohnungen gilt, kann solche Wohnungen nicht anbieten.

Das Gutachten mit seinen statistischen Erhebungen spiegelt nicht die Realität. Es ist schwer nachzuweisen, wo der Fehler in diesem Gutachten liegt, aber andere Gutachten von anderen beauftragten Firmen kommen in anderen Städten (Remscheid, Krefeld zum Beispiel), die mit der Wohnungsmarkt-

situation in Solingen zu vergleichen sind, zu anderen Ergebnissen. Wahrscheinlich liegt der Unterschied bei den verschiedenen Berechnungsmethoden darin, wie und mit welchen Werten der Aufschlag bei Neuvermietungen im Verhältnis zu den Bestandsmieten berechnet wird. Wer eine freie Wohnung neu anmietet weiß, dass der



Die Zukunft des „Sozialen“ Wohnungsbaus? Foto HM

Vermieter im Gegensatz zur alten Bestandsmiete einen Aufschlag verlangt. Je nachdem wie hoch man diesen Aufschlag einschätzt, fällt natürlich das Ergebnis der Statistik über die Möglichkeiten, Wohnungen anzumieten aus. Die Firma, welche den Krefelder Wohnungsmarkt untersucht hat, ist da von einem höheren Aufschlag für Neuvermietungen ausgegangen, als die von der Solinger Verwaltung beauftragte Firma. Jeder Insider

weiß, dass es bei der Vergabe von Gutachten für das Ergebnis entscheidend ist, welche Firma dafür beauftragt wird. Und die Firmen, welche dafür beauftragt werden, wollen weitere Aufträge erhalten und deshalb liefern sie auch das, was der Auftraggeber gerne hätte.

Das Regelwerk der Kosten der Unterkunft (KDU) ist äußerst schwierig zu verstehen. Deshalb begreifen nur wenige Spezialisten, dass damit massenhaft Arbeitslose und Geringverdiener unter das Existenzminimum gebracht werden. Versuche, diese Problematik in der Lokalpresse zu thematisieren, scheitern seit Jahren daran, weil die zu spezielle Thematik unsere Lokalredakteure überfordert, oder diese sich nicht damit befassen wollen oder dürfen. Dabei handelt es sich um ein Thema, das sehr viele Menschen betrifft, um einen sozialpolitischen Tiefschlag, der mehrere tausend Hilfeempfänger dazu zwingt, die nicht angemessene Miete mit weniger Geld zum alltäglichen Lebensunterhalt, sprich zum Essen, auszugleichen.

Hier muss zwar keiner verhungern, aber wer die Probleme von Hilfeempfängern kennt, weiß, dass in diesem reichen Land mehr Menschen hungern als in der veröffentlichten Berichterstattung zugegeben wird. Und viele Betroffene haben dieses Problem, weil sie von ihrem Regelsatz zum Leben, angeblich nicht angemessene Unterkunftskosten ausgleichen müssen.

Frank Knoche

### Wer oder was ist Attac?

Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen. Wir machen uns Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen, die durch die neoliberale Globalisierung entstehen und zeigen Alternativen auf.

### Eine andere Welt ist möglich!

Attac-Solingen trifft sich jeden 1. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, Solingen.

Jeden 3. Mittwoch im Monat organisiert Attac-Solingen das Themen-Frühstück „Armut geht uns alle an - gemeinsam etwas erreichen!“ von 10 bis 12 Uhr im Café Courage.

Bei unseren Veranstaltungen sind interessierte Mitmenschen immer herzlich willkommen.

Mehr Infos:

[www.attac-netzwerk.de/solingen](http://www.attac-netzwerk.de/solingen)

Kontakt: [solingen@attac.de](mailto:solingen@attac.de)

Birgit Correns, Tel.: 0212 / 80157



## RECHTER TERROR: SECHS MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ DER FLÜCHTLINGE

**Die feigen und abscheulichen Angriffe nehmen kein Ende: In wenigen Tagen wurden mehrere Unterkünfte zum Ziel von Brandanschlägen und Angriffen. Die Bundesregierung schweigt vor Welle der Gewalt. Eine klare Positionierung und konkrete Maßnahmen zum Schutz der Flüchtlinge sind dringend nötig.**

Am Dienstag entdeckten Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft in Olpe drei Brandstellen. Am Wochenende versuchten Unbekannte die Wohnung einer Flüchtlingsfamilie in Havel anzuzünden. In Greiz wurden vier Syrer von Angreifern verletzt. In Freital wurde ein Sprengstoffanschlag auf das Auto eines Lokalpolitikers verübt, der sich für Flüchtlinge stark macht. In Dresden wurden von einer NPD-Demonstration aus Flüchtlingsunterstützer attackiert und verletzt. Das alles innerhalb weniger Tage.

### **Rechter Terror in Deutschland – Die Bundesregierung schweigt**

Die Bundesregierung und die Kanzlerin schweigen zu der Welle rassistischer motivierter Gewalt - sie schweigen zu rassistischem Terror in Deutschland. Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2014 hat sich mit 170 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht – 2013 waren es laut Verfassungsschutz 55. Auch im ersten Halbjahr 2015 (Stand 28. Juni 2015) gab es laut Bundesinnenministerium bereits 150 gegen Flüchtlingsunterkünfte gerichtete Straftaten, zu denen in der Statistik des Verfassungsschutzes Sachbeschädigungen und Propagandadelikte wie das Zeigen des Hitlergrußes zählen.

Die Bundesregierung, die Länder und Bundesinnenminister Thomas de Maizière tragen die politische Verantwortung dafür, dass Flüchtlinge und MigrantInnen in Deutschland vor Anschlägen und rassistischen Angriffen effektiv geschützt werden. Sie müssen geeignete Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen ergreifen und sich klar auf ihre Seite stellen. Es darf kein Zweifel daran gelassen werden, dass Gewalt und Anfeindungen gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen in Deutschland geächtet und mit aller Härte strafrechtlich verfolgt werden.

### **Sechs Maßnahmen zum Schutz von Flüchtlingen**

PRO ASYL fordert nicht nur eine klare Positionierung, sondern konkrete Präventionsmaßnahmen, um Übergriffe gegen Flüchtlinge und Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte zu verhindern:

#### **Polizeiliche Prävention:**

Die Polizei muss die Lage in der Nähe von Flüchtlingsunterkünften besonders aufmerksam beobachten, sie muss Gefährdungs-

analysen erstellen und dabei alle vorliegenden Erkenntnisse berücksichtigen. Flüchtlinge müssen über Gefährdungen und Handlungsoptionen bei Bedrohungen informiert werden. Im Zweifel muss die Polizei durch Streifendienst vor Ort Präsenz zeigen. Gibt es Hinweise auf eine konkrete Gefährdung, sind Flüchtlingsunterkünfte durch permanenten Polizeischutz zu sichern.

#### **Mehrsprachiger Notruf für Flüchtlinge:**

Betroffene müssen in einer Bedrohungssituation einen Notruf in den gängigsten Sprachen von Flüchtlingen absetzen können. Als Ergänzung zum regulären Polizeinotruf sollten mehrsprachige Notrufangebote etabliert werden. Der Schutz vor Angriffen und Bedrohungen darf nicht an Sprachbarrieren scheitern.

#### **Konsequente Strafverfolgung:**

Die Täter müssen konsequent verfolgt und vor Gericht gestellt werden. Die bisher geringe Erfolgsquote von Ermittlungen bei rassistischen Angriffen auf Flüchtlinge zeigt, dass die Ermittlungen dringend intensiviert werden müssen. Im ersten Quartal 2015 gelang laut Bundesinnenministerium nur in einem Viertel der Delikte die Aufklärung.

#### **Technische Maßnahmen in Unterkünften:**

Flüchtlingsunterkünfte müssen hohen Sicherheitsstandards genügen. So müssen die Räume mit Rauchmeldern ausgestattet sein. Feuerlöscher müssen vorhanden sein. Fluchtwege müssen deutlich ausgewiesen sein – in verschiedenen Sprachen.

#### **Sicherheitspersonal:**

Die Anstellung von Sicherheitspersonal mit rassistischen Einstellungen muss durch eine gewissenhafte Überprüfung der Auftragnehmer ausgeschlossen werden.

#### **Bedrohliche Kundgebungen unterbinden:**

Versammlungen von Rechtsextremen, von denen Übergriffe und Bedrohungen gegenüber Flüchtlingen ausgehen, müssen im unmittelbaren Umfeld von Flüchtlingsunterkünften konsequent unterbunden werden. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit steht nicht über dem Recht auf körperliche Unversehrtheit. Flüchtlinge einer bedrohlichen Atmosphäre auszusetzen, die regelmäßig von rechtsextremen Kundgebungen ausgeht, ist nicht hinnehmbar.

#### **Willkommenskultur ist nicht nur Privatsache**

Neben staatlichen Maßnahmen ist die Solidarität der Zivilgesellschaft mit den Flüchtlingen zentral, um rassistische Tendenzen zurückzudrängen. Vielerorts stellen sich bereits Menschen rassistischer Hetze in den Weg und heißen Flüchtlinge willkommen. Die unzähli-

gen ehrenamtlichen Initiativen, die sich für Flüchtlinge engagieren, sind ein entscheidendes Signal gegen rechte Mobilisierung. Dieser mutige Einsatz verdient Anerkennung und Unterstützung. PRO ASYL fordert daher, dass Bund und Länder flächendeckende Programme zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit mit Flüchtlingen auflegen – um jenen, die die von vielen Politikerinnen und Politikern beschworene „Willkommenskultur“ Wirklichkeit werden lassen, den Rücken zu stärken.

#### **Geistige Brandstiftung beenden**

Damit das gesellschaftliche Klima gegenüber Flüchtlingen sich nicht weiter verschärft, müssen die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen aufhören, mit der Mär vom „Asylmissbrauch“ Ressentiments zu schüren. Während die Pogromstimmung der 1990er Jahre zurückgeht und Gewalt gegen Flüchtlinge zunimmt, heizt etwa CSU-Chef Horst Seehofer die Debatte an. Mit der wiederholten Rede von einem angeblich „massenhaften Asylmissbrauch“ und der Forderung nach schnelleren Abschiebungen schürt er Ressentiments. Wer sich auf Kosten von Flüchtlingen mit solchen Stammtischparolen profiliert, der trägt Mitverantwortung dafür, wenn rassistische Ressentiments und Gewalttaten zunehmen.

#### **Ein Rückfall in die 1990er Jahre muss mit allen Mitteln verhindert werden.**

Wie der Rassismus der Mitte, rechter Populismus, flüchtlingsfeindliche Hetze und Gewalttaten zusammenhängen, illustriert das Beispiel Sachsen auf bedrückend deutliche Weise. Dass hier die rassistische Pegida-Bewegung erstarkte und aus dem Bundesland besonders viele rassistische Angriffe berichtet werden, mag viele Gründe haben – einer von ihnen findet sich mit Sicherheit in der Haltung der sächsischen Union.

In Sachsen wird deutlich, was in den 1990er Jahren bundesweit zu beobachten war: Zeigen Politikerinnen etablierter Parteien Verständnis für rassistische Propaganda oder stimmen gar in die Hetze mit ein, sehen sich rassistische Wutbürgerinnen und -bürger bestärkt. Ein Rückfall in die 1990er Jahre, in denen Flüchtlingsheime brannten und Menschen durch rassistische Gewalt zu Tode kamen, muss mit allen Mitteln verhindert werden.

*Pro Asyl e.V.  
www.proasyl.de*

## Flüchtlinge – Ein Plädoyer an die Verantwortlichen

**Ohne die massiven Einmischungen des Westens unter Federführung der USA und mit Unterstützung vor allem Großbritanniens und Frankreichs, aber auch Deutschlands und anderer westlicher Staaten in die Politik des Nahen Ostens gäbe es das „Flüchtlingsproblem“ in der derzeitigen Form gar nicht. Erst die jüngeren Kriege, beginnend im ehemaligen Jugoslawien, später in Afghanistan, dem Irak, Somalia sowie den nachfolgenden vom Westen unterstützten „Revolutionen“, besonders in Libyen und Syrien, haben zu diesen aktuellen Flüchtlingsströmen geführt.**

Millionen Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten sind auf der Flucht und suchen eine sichere Bleibe. Pakistan, Libanon und auch die Türkei haben schon Hunderttausende von ihnen aufgenommen. Italien als erstes Europäisches Ankunftsland im Mittelmeer mit der Insel Lampedusa, aber auch Griechenland sind mit der Flut der Flüchtlinge längst überfordert.



*Flüchtlinge in Fylakio/Griechenland Foto (cc): UsrGiga*

Aber kann man Menschen abweisen, die um ihr Leben fürchten, Vergewaltigungen, Folter und Mord an den engsten Mitgliedern ihrer Familien miterlebten, und deshalb unter Einsatz ihres Lebens die Flucht gewagt haben?

### Wer trägt die Verantwortung für diese Situation?

Unsere Bundesregierung hat die Einmischungen der USA in die Politik vieler Länder unterstützt. Sie hat uns immer wieder verkündet, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder sei notwendig – im Kampf gegen den Terror und gegen Diktatoren, im Namen der Humanität und um „unsere“ Demokratie zu verbreiten. Doch schon die während der Kolonialzeit

künstlich geschaffenen Staatengebilde zerstörten die gesellschaftlichen Strukturen im Nahen Osten wie auch in Afrika, und hinterließen vielfältige gesellschaftliche Spannungen. Ohne Verständnis für und Rücksichtnahme auf die unterschiedlichen Kulturen wird jedoch weiter interveniert, immer nur an den eigenen wirtschaftlichen und strategischen Interessen orientiert.

Die Verantwortung für die Folgen der Kriegseinsätze, besonders für die Zivilbevölkerung, wurde und wird stets beiseitegeschoben.

weit. Waffen, die jetzt auf Umwegen beim Islamischen Staat (IS) landen, ebenso wie die Waffen der so genannten „Rebellen“ in Syrien und Libyen, die vom Westen unterstützt wurden und werden.

Betrachtet man unter diesem Aspekt die aktuelle Situation im Nahen Osten wie auch in Afrika, dann kann man nur zu einem Schluss kommen: Wir sind mitverantwortlich für das Elend.

Auch an der Entstehung des „Islamischen Staates“, vor dem jetzt Millionen von Menschen religiöser und ethnischer Minderheiten auf der Flucht sind, tragen wir deshalb eine Mitschuld.

Profitiert davon hat nicht nur die Rüstungsindustrie, sondern auch das private Sicherheits- und Militärunternehmen Blackwater (ab 2009 Xe Services, seit 2011 Academi), das seine private Armee samt Logistik gegen gute Bezahlung bereit stellte, sowie große Unternehmen, die sich lukrative Aufträge für den Wiederaufbau der Infrastruktur im Bereich Wasser und Energie sicherten, und natürlich die Konzerne, die auf die Ausbeutung von Rohstoffen spezialisiert sind. Die Einrichtung militärischer Stützpunkte an strategisch wichtigen Punkten rundet die

ganze Geschichte ab. Das alles lässt sich unter dem Begriff „Katastrophen-Kapitalismus“ einordnen: Menschen verlieren – Konzerne gewinnen!

Die westlichen Staaten, auch Deutschland, besonders aber die USA als federführende Kraft dieser Konflikte stehen nicht nur moralisch in der Verantwortung, eine Lösung für die Probleme zu finden, vor denen Millionen von Menschen fliehen.

Als erstes ist dringend eine humanitäre, langfristige aber eine politische Lösung für das vom Westen verursachte Chaos in den betroffenen Staaten notwendig: Was muss unternommen werden, um diese Länder, diese Menschen von Chaos und Gewalt zu befreien, damit sie in ihrer Heimat wieder leben können?

Nur die Perspektive einer Zukunft in Frieden und mit einem zumindest halbwegs gesicherten Einkommen wird die derzeitige Flüchtlingswelle beenden.

Für eine solche Perspektive müssen die Verantwortlichen endlich eine Strategie entwickeln - Menschen vor Profit!

*Birgit Correns*

### Ein Beispiel:

142 Zivilisten, darunter viele Kinder, kamen am 4. September 2009 bei einem Angriff auf zwei Tanklastwagen in Kunduz in Afghanistan ums Leben – doch ihren Familien wird für diesen „Kollateralschaden“ keinerlei Entschädigung gezahlt. Der deutsche Oberst Klein, der für diesen Bombenangriff verantwortlich war, wurde nicht nur frei gesprochen, sondern 2013 zum Brigadegeneral befördert.

Afghanistan ist nach mittlerweile 30 Jahren Krieg völlig am Ende. Im Irak, in Syrien und Libyen herrscht Chaos und Gewalt, wie auch in vielen afrikanischen Ländern wie Nigeria, Mali, Sudan, Somalia und Jemen.

Die Absetzung wirtschaftlich und strategisch nützlicher Tyrannen haben die westlichen Staaten dagegen stets vermieden. Den diktatorischen Herrschaftshäusern in Saudi-Arabien und Katar werden weiter Waffen geliefert, denn an ihnen verdient die deutsche Wirtschaft sehr gut, als drittgrößter Waffenlieferant welt-

## tacheles-Jahresabo

**Ein Jahr für 13 € frei Haus**

**Unterstützungs-Abo 20 € frei Haus**

Bankverbindung  
Bürgerinitiativenbüro e.V.  
BLZ 330 605 92  
(Sparda Bank)  
Konto-Nr. 546 4641  
Stichwort „tacheles-Abo“

## 70 JAHRE

### Der letzte Tod wird der Tod des Fortschritts sein

**Zum ersten Mal erblickte ein Atompilz das öffentliche Licht der Welt am 6. August 1945 um 8:15 Uhr Ortszeit, 580 Meter über Hiroshima/Japan und bombte die Menschheit mit einer Sprengkraft von 12.500 Tonnen TNT ins Atomzeitalter. Damit das ganze nicht so schrecklich daher kommt wurde die Bombe auf dem harmlosen Namen „Kleiner Junge“ getauft und das Flugzeug das die Bombe ins Ziel trug wurde nach der Mutter des Piloten benannt.**

Mit dem neuen Zeitalter kamen auch neue Begriffe in die Welt: Radioaktivität, Kettenreaktion, Atompilz, Fallout, radioaktive Verstrahlung, Supergau, ... Massenvernichtung (-waffen).

Insgesamt kamen mehr als 90.000 Menschen direkt bei den Abwürfen ums Leben, allein circa 14.000 Menschen verdampften in der Hitze der Bombe. Von ihnen blieb keine Spur außer vielleicht ein Schatten der sich irgendwo eingebrannt hat.

Auch viele Jahrzehnte danach erkrankten und starben noch ca. 130.000 Menschen an der sogenannten Strahlenkrankheit.

Wieder einmal hatte es der wissenschaftliche Forschergeist geschafft, die Menschheit der Apokalypse so nahe zu bringen wie noch nie zuvor. Was machbar ist wird gemacht, und wenn es die Welt kostet! Vorangetrieben um den zweiten Weltkrieg zu beenden, und um Nazi-Deutschland in der Entwicklung zuvor zu kommen, wurde 1942 das „Manhattan-Projekt“ bei dem es keinerlei Beschränkungen gab, ins Leben gerufen. Am Ende arbeiten ca. 100.000 Menschen (einschließlich der Spione) an dem Projekt, die Gesamtkosten betragen ca. zwei Milliarden US-Dollar. Am 16. Juli 1945 wurde der erste Atombombentest der Geschichte durchgeführt, der Trinity-Test (Trinity=Dreifaltigkeit=Naivität, Größenwahn, Ignoranz) und keinen Monat später erfolgte der Praxistest über und in Hiroshima und Robert Oppenheim ging ein Licht auf: „Jetzt bin ich der Tod geworden, der Zerstörer der Welten.“ Damit nicht genug, drei Tage

später erlitt Nagasaki dasselbe Schicksal mit denselben ungeheuerlichen Zahlen an Toten und Verletzten. Das war eine Bombe nach den Vorstellungen des Militärs, nur sie selber sollte sie möglichst nicht treffen.

So stieg die Anzahl der Atommächte kontinuierlich an, 1945 USA, 1949 UdSSR, 1960 Frankreich, 1962 Großbritannien, 1964 China, 1967 Israel, 1974 Indien, 1990 Pakistan, 2006 Nordkorea, (und Iran steht an der Schwelle zur Atommacht) mit z. Zt. 15.853 Atomwaffen. Die Anzahl der Atombombentests seit 1945 beläuft sich weltweit auf 2.053. Ist die Welt sicherer, friedlicher geworden? Oder hat sie nur Glück gehabt, dass kein Finger den Weg zum Roten Knopf gefunden hat? Gejuckt hat es bestimmt bei einigen.

Auch die zivile Nutzung der Atomenergie, die die Energieprobleme der Menschheit lösen sollte, hat sich als Trojanisches Pferd entpuppt. Schon am 12. Dezember 1952 kam es im kanadischen Atomkraftwerk „Chalk River Laboratories“ zum ersten Reaktorunfall in der Geschichte, über Sellafield/Großbritannien im Oktober 1957, über Harrisburg/USA 1979, über Tschernobyl/UdSSR 1986 bis Fukushima/Japan 2011 (um nur einige zu nennen). Dies zeigt, dass keine Nation und kein Zeitalter die (Atom)-Geister, die man rief, wirklich beherrscht. Zudem hat man sich ein Problem geschaffen, das noch Generationen beschäftigen wird: atomarer Restmüll.



Hiroshima Dome 1945 Foto: Shigeo Hayashi (Oktober 1945)

Immer noch sind tausende Atomwaffen weltweit in höchster Alarmbereitschaft. Sie könnten binnen weniger Minuten zum Einsatz kommen und eine globale Katastrophe auslösen, immer noch sind in Europa und Deutschland (Büchel) Atomwaffen stationiert, immer noch gibt es latentes Streben nach einer „nuklearen Teilhabe“ wie zu Zeiten eines F.-J. Strauß und die naive Einstellung eines Konrad Adenauer, der sagte: „Nun, diese taktischen Atomwaffen, das ist ja eine bloße Fortsetzung der Artillerie.“ Oder die „Bündnis-Treue“ eines Oberleutnant Schmidt 1983 gegenüber den USA/NATO.

#### Zum 70.

Und heute? Politikerreden wurden/werden gehalten, (meist von Ghostwritern geschrieben) dass sich Hiroshima und Nagasaki nie wieder wiederholen dürfen, und zum siebzigsten Jahrestag sind sie besonders eifrig dabei. Dabei lassen sich die Jahrestag-Reden beliebig austauschen.

Nach Hiroshima und Nagasaki kann es nur eins geben: Verbannung aller Atomwaffen und der restlichen Waffen jeglicher Art gleich mit. Wer möchte schon eine Rambo als Nachbarn.

Heinz Mähner

**Garten  
gestaltung  
& -pflege**

Thomas  
Wendt

0212  
81 73 73

## Der Patriarch, kein schlechter Mensch

Nun hat er doch geschafft, wenn auch anders als gewünscht. Sein Leben als Film. Aber nicht als der „Macher“ des deutschen Fußballs, sondern als Steuer-Schurke auf der Anklagebank.



Uli Hoeneß 2013 Foto  
(cc): Harald Bischoff

Das ZDF will sein

Doku-Drama „Uli Hoeneß - Der Patriarch“ am 27. August zur Primetime ausstrahlen. Mit Thomas Thieme als Uli H., er spielte auch schon Helmut Kohl in dem Film „Der Mann aus der Pfalz“. Beide Herren über undurchsichtige Geldgeschäfte auf ihrem speziellen Fachgebiet, während der eine den reuigen Sünder gibt, gibt der andere eine Mustervorstellung von „Schwarzen Kassen und Altersstarrsinn“. Aber das ist nur ein Zufall.

Auch Sat.1 arbeitet bereits seit einiger Zeit an einem Hoeneß-Film. „Udo Honig - Kein schlechter Mensch“ ist allerdings als Filmsatire angelegt. Sie sollte ursprünglich im Herbst im Fernsehen zu sehen sein. Die Hauptrolle des Udo Honig spielt hier Uwe Ochsenknecht. Und wer davon nicht genug hat, einen kritischen Blickwinkel auf Uli Hoeneß' Biografie bietet auch das Buch von Thilo Komma-Pöllath „Die Akte Hoeneß: Portrait eines Potentaten“, Verlag: CBX Verlag UG, 19,95 Euro.

Und als „Gute Nacht“-Lektüre für zukünftige Steuersünder, Wirtschaftskrimielle, Banker und sonstig Interessierte hat das OLG München die Urteilsbegründung im Fall Uli Hoeneß veröffentlicht, wenn auch anonymisiert, aber man weiß was gemeint ist.

Urteil von Uli H. zum Nachlesen, 50 Seiten A4:

[http://www.justiz.bayern.de/imperia/md/content/stmj\\_internet/gerichte/oberlandesgerichte/muenchen/presse/urteil\\_ulrich\\_h.\\_30\\_10\\_2014.pdf](http://www.justiz.bayern.de/imperia/md/content/stmj_internet/gerichte/oberlandesgerichte/muenchen/presse/urteil_ulrich_h._30_10_2014.pdf)

Heinz Mähner

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -  
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten  
Kreisvereinigung Solingen

Diskussionsveranstaltung  
Montag, den 31.08.15 um 19.00 Uhr  
Salon 122, Neuenhofer Straße 122

### Die Neue Rechte und die Friedensbewegung

Wir – die VVN/BdA Solingen - laden ein, zu einer gemeinsamen

**Diskussion und Klärung unserer Positionen zu solchen Bewegungen**

Referent:

**Tobias Pflüger**



deutscher Friedensforscher und stellvertretender Vorsitzender der Partei die Linke,  
Mitglied in der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft –  
Vereinigte Kriegsdienstgegner/innen, Mitglied der VVN-BdA)

Seit März finden bundesweit jeden Montag am Brandenburger Tor in Berlin und an über 20 weiteren Orten so genannte Friedensmahnwachen statt. Aus mehreren Städten (Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Magdeburg) wird über völkisch/rechte, verschwörungsideologische und antisemitische Tendenzen berichtet, diese beziehen sich einerseits auf politische Aussagen einiger Veranstalter, sowie Äußerungen während der Mahnwachen. Seit einiger Zeit wird in der Friedensbewegung heftig diskutiert, ob eine (teilweise) Kooperation mit den sogenannten Mahnwachen für den Frieden sinnvoll sei oder nicht.

**Im Anschluss wird es Gelegenheit geben, über aktuelle Friedensfragen zu diskutieren.**

## Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, [solinger-appell@operamail.com](mailto:solinger-appell@operamail.com)

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

## KURZMELDUNGEN

### Korruption in Griechenland

ATHEN/BERLIN/MÜNCHEN

Neue Strafverfahren wegen millionenschwerer Bestechungszahlungen deutscher Rüstungsfirmen in Griechenland beschäftigen die deutsche Justiz. Vergangenen Monat hat die Staatsanwaltschaft München Anklage gegen einen ehemaligen Manager des Panzerbauers Krauss-Maffei Wegmann (KMW) erhoben. Ihm wird vorgeworfen, bis zu 1,5 Millionen Euro von einer weit höheren Schmiergeldsumme für sich abzweigt und nicht adäquat versteuert zu haben. Weitere Strafverfahren drohen unter anderem Managern der Waffenschmiede Rheinmetall. Der Düsseldorfer Konzern musste Ende Dezember den beispiellos überhöhten Gewinn von fast 37 Millionen Euro, den der griechische Staat ihm für die korruptionsbegleitete Lieferung von Kriegsgüter gezahlt hatte, auf Beschluss der deutschen Justiz wieder abführen - an den Haushalt des Bundeslandes Bremen. Zu Entschädigungsforderungen der griechischen Regierung heißt es, Rheinmetall könne nicht zweimal wegen desselben Vergehens zur Kasse gebeten werden. Auch Prozesse gegen deutsche Manager in Griechenland bleiben regelmäßig folgenlos - weil die Bundesrepublik sie nach hiesigen Verfahren, die in der Vergangenheit glimpflicher ausgingen, als es in Athen zu erwarten gewesen wäre, nicht mehr ausliefert. Die griechische Regierung beziffert ihre Verluste allein aus Korruption bei Rüstungsgeschäften vorsichtig mit mehr als 100 Millionen Euro. Mehr unter:

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59176>

### Auf die Flucht getrieben

BERLIN/JUBA - In drei der fünf Länder mit den höchsten Flüchtlingszahlen weltweit hat die Bundesregierung aktiv zur Entstehung der Fluchtursachen beigetragen. Dies zeigt eine Erhebung des UNHCR. Demnach war Syrien Ende 2014 das Herkunftsland der höchsten Zahl an Flüchtlingen überhaupt, gefolgt von Afghanistan. In Syrien hat der Westen den Bürgerkrieg, vor dem immer mehr Menschen fliehen, seit Mitte 2011 massiv befeuert; in Afghanistan hat er bereits in den 1980er Jahren die Totalzerstörung der gesellschaftlichen Strukturen gefördert, die bis heute zahllose Menschen aus dem Lande treibt. Südsudan, Nummer fünf in der UNHCR-Statistik der wichtigsten Herkunftsländer von Flüchtlingen, ist 2011 auf Druck des Westens zu einem eigenen Staat geworden - aus geostrategischen Motiven, und dies trotz Warnungen von Beobachtern, die Abspaltung werde die Spannungen im Land unweigerlich anheizen und womöglich in einen neuen Bürgerkrieg führen. Dies ist nun tatsächlich geschehen; Millionen sind mittlerweile auf der Flucht. Mit der Regierung in Juba, deren

Milizen furchtbare Massaker verüben, wollen Berlin und die EU nun noch enger als zuvor kooperieren - bei der Flüchtlingsabwehr („Grenzmanagement“). Mehr unter: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59177>

### Auf die Flucht getrieben

Die Bundesregierung legitimiert deutsche Militäreinsätze mit der angeblichen Bekämpfung von Fluchtursachen. Die Bundeswehr müsse in Mali operieren, damit „Menschen nicht mehr fliehen müssen vor Gewalt und Hoffnungslosigkeit“, behauptete Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen Anfang dieser Woche bei einem Besuch in der malischen Hauptstadt Bamako.



Foto (cc): Andy Hall/Oxfam

Damit nutzt sie die aktuelle Flüchtlingskrise in Deutschland, um Sympathien für Interventionen der deutschen Streitkräfte zu wecken. Tatsächlich trägt die Bundesrepublik mit ihrer aggressiven Außenpolitik aktiv dazu bei, Fluchtursachen erst zu schaffen.



Über 30 Jahre in der Natur Aktiv  
Bergischer Naturschutzverein e.V.  
OV Solingen, [rbn@rbn-solingen.de](mailto:rbn@rbn-solingen.de)  
[www.rbn-solingen.de](http://www.rbn-solingen.de)

### Der Schweinepreis der Ware Arbeitskraft

„In meinem Buch ‘Aus der schönen neuen Welt’ zitiere ich den damaligen Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Michael Rogowski, der schon 2004 meinte: ‘Die Arbeitskraft hat ihren Preis, wie ihn auch Schweine haben. Im Schweinezyklus ist der Preis hoch, wenn es wenige Schweine gibt. Werden viele Schweine angeboten, dann sinkt halt der Preis.’ Ähnlich deutlich forderte der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walther, 2008: ‘Manche von uns (!) werden sich darauf einstellen müssen, künftig einen Lohn zu bekommen, der in Deutschland zum Überleben nicht mehr reicht.’“  
Aus einem Interview von Elena Müller mit Günter Wallraff – Frankfurter Rundschau vom 11.04.2015

Zusammengestellt von Frank Knoche

ZukunftsWelten e.V.  
Mühlenteich 5 42653 Solingen  
Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11



Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto  
ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen

A g e n d a P r e i s t r ä g e r 2 0 0 0

## 69. INTERNATIONALE BERGISCHE KUNSTAUSSTELLUNG

Vom 28.08. bis 8.11.2015 zeigt das Solinger Kunstmuseum die 69. Internationale Bergische Kunstausstellung. Die heterogene Schau, die traditionell unter keinem vorgegebenen Motto steht, gibt einen Einblick in das vielfältige Kunstschaffen der Region. Viele der teilnehmenden Künstler sind Absolventen der Düsseldorfer Kunstakademie und bereits durch überregionale Ausstellungstätigkeiten bekannt. Es gibt aber auch noch unbekanntere Künstlerinnen und Künstler in der Ausstellung zu entdecken, die am Anfang ihrer Karriere stehen und bereits ein eindrucksvolles Werk vorweisen können. Die Jury hat aus 225 Bewerbungen die innovativsten und spannendsten Ansätze ausgewählt.

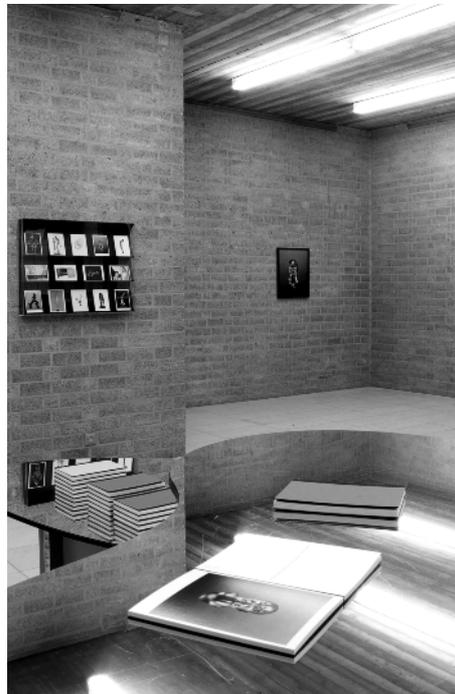
Folgende Künstlerinnen und Künstler sind in der Ausstellung vertreten:

Soya Arakawa, Jens Buhl, Gesine Grundmann, Damaris Kerkhoff, Matthias Leeck, Kevin Pawel Matweew, Nina Nowak, Julian Öffler, Max Schulze, Matthias Wollgast, KünstlerInnengruppe: Claudia Barth, Agnes Scherer, Alison Yip, „Dan Dryer“ (Jörg Koslowski und Astrid Piethan)

Der mit 3.500 Euro dotierte Internationale Bergische Kunstpreis der NATIONAL-BANK AG geht an: Matthias Wollgast erhält den 69. Internationalen Bergischen Kunstpreis für seine Installation „The shared Oasis of the Gift Shop“ aus dem Jahr 2014:

„Die Installation The shared Oasis of the Gift Shop vereint in sich viele Aspekte meiner Arbeit. Sie besteht aus Printmedien

Fotoarbeiten, Wandvitrienen und skulpturalen Tischelementen. Insgesamt vier Bücher, eine Postkarten- und eine Posteredition werden



„The shared Oasis of the Gift Shop“ 2014  
Foto: Matthias Wollgast

auf Displays präsentiert, welche in Zusammenarbeit mit dem Ausstellungsdesigner Edi Winarni entstanden sind. Die Gesamtinstallation ist als ein modulares Werk zu verstehen, welches aus der Zusam-

69. Internationale Bergische Kunstausstellung  
Vom 28.08. bis 08.11.2015, Dienstag bis Sonntag 10.00 bis 17.00 Uhr  
Kunstmuseum Solingen, Wuppertaler Str. 160, 42653 Solingen

menführung mehrerer einzelner Arbeiten entsteht. Die einzelnen Objekte, wie zum Beispiel die Vitrienen mit Büchern und Postkarten, können auch als eigenständige Arbeiten verstanden werden. Gleichzeitig präsentieren sie eine Ausstellung innerhalb der Ausstellung, in der unterschiedliche teils von mir approbierte Werke der Kunstgeschichte und teils frei erfundene Werke aneinander gegenüber gestellt werden. Bekannte Werke werden remedialisiert und ihr Kontext verändert oder völlig frei erfunden. Das Gesamterscheinungsbild der Installation ergibt einen Shop, der keiner ist.“  
Matthias Wollgast.

Der Preis der NATIONAL-BANK AG wird anlässlich der Eröffnung am Freitag, den 28.8.2015 um 18 Uhr von Herrn Dr. Thomas A. Lange, Vorsitzender des Vorstandes der NATIONAL-BANK AG verliehen.

Zum Ende der Ausstellung verleiht die Stadt Sparkasse Solingen den mit 1.500 € dotierten Publikumspreis, der von den Besuchern ermittelt wird.

Kunstmuseum Solingen

### „Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Seit der Gründung Anfang 2007 stellen wir uns gegen jede weitere Privatisierung der Grundversorgung unserer Stadt Solingen durch profitorientierte Konzerne.

Wir fördern die demokratische Verantwortung in unserer Stadt Solingen: durch Öffentlichkeit, Transparenz und mit Hintergrund-Informationen.

Wir treffen uns jeden ersten Dienstag im Monat um 19.00 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3  
Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: [www.solingen-gehoert-uns.org](http://www.solingen-gehoert-uns.org)  
[info@solingen-gehoert-uns.org](mailto:info@solingen-gehoert-uns.org)

„SOLINGEN GEHÖRT UNS!“



#### 20 Jahre Solinger Stadtzeitung tacheles

20 Jahre Berichte über Bürgerinitiativen, Anti-Rassismus, Skandale um Kessel, kommunalpolitische Themen, Solinger Umweltbewegung ...

#### Wenn das kein Grund zu Feiern ist!

Wir laden herzlich ein zu unserer Geburtstagsfeier am **3. Oktober**, 16.00 h in den Güterhallen, Gleis 3, Alexander-Coppel-Straße 34  
Mit: Solinger Musikern, Essen und Trinken, Geschichten von Wegbegleitern ...

#### Bürgerfunk in Remscheid und Solingen

#### August 2015

Sonntag 23.08. 19 Uhr Radiostammtisch  
Samstag 29.08. 19 Uhr Mixtape

#### September 2015

Sonntag 06.09 19 Uhr Stimme der Senioren  
Sonntag 13.09 19 Uhr Hanggeschmedden  
Sonntag 20.09 19 Uhr Ohrwer  
Samstag 26.09 19 Uhr Mixtape  
Sonntag 27.09. 19 Uhr Radiostammtisch

# gruppeninfos

**AG Weiße Rose:** Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

**Amnesty international:**

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Café Courage, Kontakt: Tel.: 4 15 78

**Attac:** Jeden 1. Freitag im Monat, 19h, Café Courage, Kontakt: solingen@attac.de,

**Ausländerrechtliche Beratungskommission:** Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 4 15 78) oder Diakonisches Werk, Frau Scott (2 87 27)

**bleiberecht.com:** www.bleiberecht.com

**BürgerEnergie Solingen eG:** Kontakt und weitere Informationen: www.buergerenergie-solingen.de, info@buergerenergie-solingen.de

**Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“:** www.rettetdasittertal.de, Post@rettetdasittertal.de

**Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“:** Jeden 1. Dienstag im Monat. 19h, Café Courage, Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org, info@solingen-gehoert-uns.org

**Café Courage:** Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

**Cow Club:** www.cowclub.de, Treff jeden Do. 20h Kantine / COBRA, Tel.: 6 59 86 89

**Critical Mass:** Radfahrer treffen sich zu gemeinsamer Fahrt, sie wollen mehr Unterstützung für das Radfahren. Jeden 3. Freitag im Monat um 19h, SG Parkplatz Eissporthalle

**DFG Niederberg/Berg, Land:** Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

**FAU Solingen,** anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Offenes Treffen jeden dritten Freitag im Monat im Café Courage, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

**Förderverein Freibad Aufderhöhe:** Kontakt: Birgit Everts, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

**Frauenhaus:** Tel: 5 45 00

**Frauen helfen Frauen:** Brühler Str. 59, Tel: 5 54 70

**Informationsbüro Nicaragua:** Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

**Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“:** Kontakt: D. Donner, Tel.: 02103/6 50 30

**Naturfreundegruppe Wald-Ohligs,** Haus Holzerbachtal: Eipaßstr. 25b, 42653 SG, Tel 0212-313791, Sa.-So. offen, Infos und Programm: www.naturfreundehaus-Holzerbachtal.de

**Öffentlichkeit gegen Gewalt:** Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

**RBN, Bergischer Naturschutzverein:** www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt: Thomas Bloss, Tel.: 2 30 97 77

**Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus:** c/o Café Courage, Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do. 27.8.2015, 20h, dann 14-tägig

**Solinger Arbeitslosenzentrum „Salz“:** Tel.: 0212 23 13 44 33

**Stiftung W:** www.stifung-w.de; mail@stifung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

**tacheles:** tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-solingen.de; c/o Café Courage

**Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e.V.:**

Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

**Unterstützerkreis Stolpersteine für Solingen:**

c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

**VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):**

www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

**ZukunftsWelten e.V.:** Kontakt: Familie Thom, Mohrenkamp 20, SG, Tel.: 59 07 96